

Abschlussbericht Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen

10-Punkte-Programm zur Deckung von Wohnraumbedarf

Das Bundeskabinett hat am 9. März 2016 den Bericht zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und zur Wohnungsbau-Offensive beschlossen. Das „10-Punkte-Programm“ soll Voraussetzungen schaffen, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum rasch zu decken. Das Programm sieht unter anderem die Bereitstellung von Bauland, steuerliche Anreize, eine Vereinfachung von Bauvorschriften sowie Mittel für den sozialen Wohnungsbau vor. Im Zuge des Bündnis-Kongresses Anfang März 2016 machte BFW Präsident Andreas Ibel deutlich, dass es beim Neubau vor allem auf die Baulandbereitstellung ankommt: „Um Wohnungen an den richtigen Stellen zu schaffen, müssen die Kommunen zügig und unbürokratisch Bauland bereitstellen. Die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Liegenschaftspolitik im Bündnis sind daher von besonderer Bedeutung.“



ANDREAS BEULICH

Leiter der BFW-Europageschäftsstelle,
Referent für Europapolitik, Markt,
Digitalisierung
Telefon: 030 32781-107
andreas.beulich@bfw-bund.de



Auch Ministerin Barbara Hendricks betonte die Dringlichkeit der Umsetzung der Bündnisergebnisse: „Von gegenwärtig rund 270.000 fertiggestellten Wohnungen müssen wir uns auf mindestens 350.000 Wohnungen im Jahr steigern. Dafür gilt es, Hemmnisse zu beseitigen und Anreize zu setzen – und zwar auf allen föderalen Ebenen. Neben der Wohnungsbauoffensive brauchen wir jetzt auch eine Baulandoffensive. Länder und Kommunen müssen dem Beispiel des Bundes folgen und Flächen zügig für den bezahlbaren Wohnungsbau zur Verfügung stellen.“ Die Länder müssten zusätzlich ihre Landesbauordnungen angleichen und Verordnungen wie beispielsweise die für Stellplätze flexibler handhaben.

Handlungsfelder und Arbeitsgruppen

Die Partner im Bündnis haben gemeinsam vier zentrale Handlungsfelder identifiziert. Für konkrete Maßnahmenvorschläge wurden Arbeitsgruppen (Aktive Liegenschaftspolitik, soziale Wohnraumförderung und weitere Investitionsanreize, Förderung von gebäudebezogenen Maßnahmen der Energieeinsparung und des Klimaschutzes und rechtliche Rahmenbedingungen für gebäudebezogene Maßnahmen, einschließlich ihrer Refinanzierung) sowie die Baukostensenkungskommission (BKSK) unter Federführung des BMUB eingerichtet.

Maßnahmenpaket als Rahmen für Realisierung von Wohnraum

Mit dem 10-Punkte-Programm der Wohnungsbau-Offensive, die den Kern des Bündnis-Berichtes bildet, liegt das im Koalitionsvertrag vereinbarte „Aktionsprogramm zur Belebung des Wohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung“

vor. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen mit kleinen und mittleren Einkommen ist mit dem Flüchtlingszuzug nochmals gestiegen.

Mit diesem Maßnahmenpaket aus Baulandbereitstellung, steuerlichen Anreizen, Überprüfung von Bauvorschriften auf Vereinfachungspotenzial und Mitteln für soziale Wohnraumförderung und Wohngeld versucht der Bund den Rahmen zu setzen, um den dringend benötigten Wohnraum zeitnah zu realisieren. Er hat sich zur Aufgabe gesetzt, Länder und Kommunen tatkräftig dabei zu unterstützen, ihre aus der Kompetenzordnung rührenden Aufgaben zu erfüllen und Anreize und Erleichterungen für die Wohnungs- und Bauwirtschaft zu schaffen.

Um alle föderalen Ebenen und die wichtigsten Akteure einzubinden und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, am 10. Juli 2014 das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen, an dem der BFW aktiv eingebunden war.

Zur Umsetzung der konkreten Maßnahmen wird das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in geeigneten Kooperationsformen weiterarbeiten. Ein Expertengremium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Ländern, Kommunen, Wohnungs- und Bauwirtschaft begleitet seit Anfang 2016 die Umsetzung der Empfehlungen auf allen föderalen Ebenen.

Der BFW wird diesen Prozess als Repräsentant der mittelständischen Immobilienwirtschaft aktiv begleiten.